

### Presseverlautbarung

## Das jordanische Regime muss dazu angehalten und aufgefordert werden, die Vereinbarungen und Beziehungen zum zionistischen Gebilde gänzlich aufzukündigen

(Übersetzt)

Die in den islamischen Ländern herrschenden Regierungen versuchen weiterhin, den Zwist zwischen ihnen und dem usurpatorischen Feind zu beenden. Dies, indem sie die Beziehungen zu diesem normalisieren und verbessern, sowie neue Verträge abschließen wollen. Trotz all ihrer Bemühungen bleibt die Feindseligkeit zwischen den Muslimen und diesem abscheulichen Gebilde bestehen. Dass die Feindseligkeit nicht abnimmt zeigt sich daran, dass die muslimische Bevölkerung immer dann, wenn dieses Gebilde in aggressiver Weise gegen das palästinensische oder jordanische Volk vorgeht, Protestaktionen startet. Demgegenüber demonstrieren unsere Regierungen Akzeptanz und Unterwürfigkeit in Hinblick auf das aggressive Vorgehen des zionistischen Gebildes, indem sie jene Vereinbarungen mit unserem Feind aufrechterhalten, die an erniedrigende Bedingungen geknüpft sind. Dass zwischen der islamischen Umma und dem jordanischen Regime Zwiespalt herrscht, zeigt sich an den Protestbewegungen, die gegen die Verpachtung von al-Bāqūra und al-Ġamr aufbegehrten. Ferner zeigt sich durch diesen Einsatz die Tugendhaftigkeit der islamischen Umma, indem diese die Vereinbarungen mit unserem Feind ablehnt und den Bau der geplanten Gaspipeline zu verhindern versucht.

Das jordanische Regime nutzt das schändliche Friedensabkommen der Aravassenke (Wādī `Araba) als Anlass, um den Abschluss verschiedener Abkommen mit dem zionistischen Gebilde zu rechtfertigen. Dabei sind diese der Sicherheitslage und Wirtschaft des zionistischen Gebildes dienlich. Zu diesen Abkommen zählt die Übereinkunft über den Bahrain-Kanal, die gemeinsamen Freizonen und die Erweiterung des israelischen Eisenbahnnetzes. **Sie alle finden ihren Ursprung im Friedensschluss zwischen dem zionistischen Gebilde und Jordanien mit der Aravassenke (Wādī `Araba) als Schauplatz.** Bald folgt das Gasabkommen, das trotz aller Protestaktionen in Jordanien abgeschlossen wurde. Die Regierungssprecherin Ġumāna Ġunaimāt sagte am 11. September 2014, als sie noch nicht für die jordanische Regierung tätig war: „**Die Regierung vergisst, dass der Besatzer (Israel) alle vorherigen Vereinbarungen, die**

**allesamt wichtiger als das Gasabkommen waren, nicht zu schätzen wusste. Allen voran das Abkommen der Aravasenke. Wer sagt uns, dass Israel, ein Land welches alle Abkommen geringschätzt und sich allen Abmachungen entziehen will, in diesem Fall am Gasabkommen festhält, wo dieses Abkommen die Wirtschaft Jordaniens strategisch mit unserem Feind verknüpft?“** Hat sich an dieser Situation etwas geändert? Aus welchem Grund sonst sollte sie ihre Ansicht nun, da sie für die Regierung tätig ist, ändern!?

Sowohl die jordanische Bevölkerung als auch jordanische Experten haben die wirtschaftliche Durchführbarkeit des anstehenden Gasabkommens in Frage gestellt. Insbesondere die Tatsache, dass aus Palästina geplündertes Gas den Menschen in Jordanien nützlich sein soll, stellt für viele ein Problem dar. Darüber hinaus wurden zahlreiche unterschiedliche Alternativen in Hinblick auf den Energiebedarf Jordaniens dargelegt. Das Erzeugen elektrischer Energie durch Solaranlagen, das Erschließen des gasreichen Rīša-Felds und die Nutzung von Ölschiefer und des Flüssiggashafens sind sehr effektive Möglichkeiten der Energiegewinnung, die mit vergleichsweise geringen Kosten verbunden sind. Jordanien verfügt über üppige Ölschiefervorkommen und hat mit die meisten Reserven weltweit. Eine weitere Alternative bestünde darin, Gas aus Ägypten zu importieren. Durch neu entdeckte Gasfelder ist die Tagesproduktion an Gas in Ägypten auf mittlerweile 6,6 Milliarden Kubikfuß angestiegen. All diese Vorschläge wurden von Seiten der jordanischen Regierung abgelehnt. Wieder einmal zeigte sie, dass ihr die Meinung der islamischen Umma, die eine Kooperation mit dem zionistischen Gebilde ablehnt, gleichgültig ist.

Dies liegt darin begründet, dass die jordanische Regierung darum bemüht ist, das zionistische Gebilde zu stärken und das eigene Land weiter zu destabilisieren. Auf diese Weise fordert niemand von Jordanien gegenüber seinen Feinden - den Feinden dieser Umma - aktiv zu werden. Das 10-Milliarden-Dollar-Geschäft soll den Juden ermöglichen, in das neue Erdgasfeld Leviathan zu investieren und dieses für den Export von Gas vorzubereiten. Im Zuge weiterer strategischer Entwicklungen wird Jordanien als Geisel dieses schändlichen Gebildes enden. Zusätzlich zu der Tatsache, dass die Würde des jordanischen Volkes und der islamischen Umma insgesamt durch solche Vereinbarungen diskreditiert wird, ist notwendigerweise zu erwähnen, dass Vereinbarungen mit einem usurpatorischen Feind verboten und nicht rechtmäßig sind.

In Hinblick auf die Geschehnisse in Palästina haben wir es mit einem ganzen Volk zu tun, dessen gesegnetes Land besetzt wurde. Diese Angelegenheit muss aus einem speziellen islamischen Standpunkt heraus untersucht werden, wobei die Lösung für dieses Problem einzig der islamischen *‘aqīda* und der islamischen Scharia, die ihrerseits der *‘aqīda* entspringt, zu entnehmen ist. Palästina wird von uns Muslimen als islamischer Boden betrachtet und ist zugleich die Stätte der

heiligen al-Aqsa-Moschee. Dieses Land wurde von den Juden unter Zuhilfenahme des ungläubigen Westens besetzt und wird dabei von den Regierungen der arabischen Welt unterstützt. Palästina wird nicht befreit werden, indem man die Beziehungen zum zionistischen Gebilde normalisiert, dieses Gebilde zu schützen versucht und sich von ihm erniedrigen lässt. Vielmehr wird das Gebilde dadurch nur noch stärker, was die Lage ihrer Geiseln weiter verschlimmert. Das zionistische Gebilde labt sich unterdessen an den Reichtümern des Landes, um sich selbst am Leben zu erhalten. Die einzige Möglichkeit Palästina zu befreien besteht darin, das zionistische Gebilde gänzlich zu entfernen. Dies ist es, wonach die islamische Umma einheitlich strebt: der *ġihād* auf dem Wege Allahs (t), ausgeübt von jenen Armeen, die zur Zeit von den Regierungen unserer Länder in Ketten gelegt und zu ihrem Schutz abgestellt werden. Wir fordern von der Regierung, dass sie das Friedensabkommen der Aravasenke (Wādī ‘Araba) und alle Abkommen dieser Art aufkündigt, und sich darüber hinaus von weiteren Abkommen dieser Art fernhält. Auf diese Weise wird die natürliche Feindseligkeit gegenüber dem zionistischen Gebilde wiederhergestellt, bis alle besetzten Gebiete letztlich durch Ausführung des *ġihād* befreit werden. Das Regime wird keinen Schaden davontragen, wenn es dem Gasabkommen nicht nachkommt. Das Regime kann dieses Abkommen ebenso aufkündigen, wie es die Verpachtung von al-Bāqūra und al-Ġamr aufkündigte, wobei das Ziel damals darin bestand, die protestierende Umma zu besänftigen und ihrem Unmut Einhalt zu gebieten. Die Umma ist sich jedoch der Tatsache bewusst geworden, dass das jordanische Regime sie nur zu täuschen versucht. Ferner ist sich die Umma nun bewusst, dass das zionistische Gebilde bekämpft werden muss, was wiederum nur erreicht werden kann, wenn die Umma die islamische Lebensweise durch die Wiedererrichtung des rechtgeleiteten Kalifats gemäß der Methode des Prophetentums wiederaufnimmt. Sodann wird der Kalif die Angelegenheiten der Umma unter Anwendung der Gesetze des Islams betreuen, ihre Ländereien und Menschen vor der unersättlichen Gier ihrer Feinde schützen und die Umma anführen, um das zionistische Gebilde zu beseitigen.

﴿أَفَحُكْمَ الْجَاهِلِيَّةِ يَبْغُونَ وَمَنْ أَحْسَنُ مِنَ اللَّهِ حُكْمًا لِقَوْمٍ يُوقِنُونَ﴾

***Begehren sie etwa das Urteil der Unwissenheit? Wer kann denn besser walten als Allah für Leute, die (in ihrem Glauben) überzeugt sind? (5:50)***

**Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / wilāya Jordanien**

Website: [www.hizb-jordan.org](http://www.hizb-jordan.org)

E-Mail: [info@hizb-jordan.org](mailto:info@hizb-jordan.org)

Facebook: [www.facebook.com/hizb.jordan.org](https://www.facebook.com/hizb.jordan.org)

Offizielle Website von Hizb-ut-Tahrir:

[www.hizb-ut-tahrir.org](http://www.hizb-ut-tahrir.org)

Seite des Medienbüros von Hizb-ut-Tahrir:

[www.hizb-ut-tahrir.info](http://www.hizb-ut-tahrir.info)